

Braucht die „politische Schönwetterphase“ einen Sanierungsplan?

Ein wesentlichen Stabilitätsfaktor der Demokratie ist die Generation 60plus. Aus Sicht des Pressesprechers des Seniorenbeirats Neu-Anspach findet derzeit eine wenig konstruktive „Verfeindung der politischen Lager“ statt, d.h. Andersdenkende werden zunehmend nicht mehr als Gegner oder Konkurrenten, sondern vielmehr als Widersacher wahrgenommen. Euler fragt sich, woher kommt diese Tendenz zur Radikalisierung? Als verfassungsfeindlich benennt er ein Bestreben, das darauf angelegt ist, die freiheitlich demokratische Grundordnung verändern zu wollen. Auch eine deutliche Nähe zu Putin legt den Verdacht nahe, dass das russische System für Deutschland von einzelnen Gruppierungen als wünschenswert erachtet wird. Dort gibt es bekanntlich keine Gewaltenteilung und keine unabhängige Gerichtsbarkeit. Wer Sympathie für solche Verhältnisse zeigt, der weckt zumindest Zweifel an seiner Verfassungsloyalität, so Euler.

Die Gesellschaft verändert sich. Sie erscheint volatiler, stimmungsgetriebener, unsicherer. Zwar ist das Ansehen der Demokratie in Deutschland immer noch hoch, aber die Mehrheit schrumpft und in den neuen Bundesländern wackelt sie bereits. Das Ansehen der Demokratie leidet, konstatiert der Pressesprecher. Um das Vertrauen hochzuhalten, bedarf es eines funktionsfähigen öffentlichen Dienstes, einer unabhängigen Gerichtsbarkeit und dem ehrenamtlichen Engagement der Bürgerinnen und Bürger. Doch dies wird immer schwieriger. Zu den Ursachen gehören: Es wurde und wird eine Fülle an Recht geschaffen, auf nationaler, supranationaler oder föderativer Ebene. Wenn die Zahl der Gesetze komplex wird und nicht mehr klar ist, was das Regelungsziel ist, führt dies zu den bekannten Problemen. Teilweise empfindet man die Bemühungen zum Bürokratieabbau als Verzweiflungstat, die nicht dazu beitragen eine Aufbruchstimmung zu erzeugen und es entsteht Rechtsunsicherheit.

Ein weiteres Problem hat der Seniorenbeirat bei der demografisch alternden Gesellschaft ausgemacht, die scheinbar zu einem „Sozialkonservatismus“ neigt. Die Erwartung der Bürger verhält sich scheinbar nach dem Grundsatz, „Alles soll so bleiben wie es war, als es noch schöner war“. Dies wird auf Dauer so nicht funktionieren.

Dringend ist auch eine klimapolitische Transformation mit ehrgeizigen Zielen. Wenn man sowas will, muss man eine Menge tun, konstatiert Euler. Das müssen wir als Bürger umsetzen. Eine solche Transformation bedeute aber einschneidende Veränderungen unserer Lebensverhältnisse und Politiker, die das nicht sagen, gefährden das Ansehen der Demokratie, ist Euler überzeugt. Wir brauchen den Rechtsstaat, damit Demokratie funktioniert. Ebenso braucht die Demokratie den Rechtsstaat. Nach einer langen politischen Schönwetterphase, die mit ständigem Wirtschaftswachstum einiges an Fehlentwicklungen zu übertünchen vermochte, braucht der Staat nun eine Antwort auf „schlechteres Wetter“, d.h. wie wird die

wirtschaftliche Funktionsfähigkeit und der gesellschaftliche Zusammenhalt gestärkt? Dabei sollte auch entschieden werden, wo man die öffentlichen Mittel hinlenkt. Das Steueraufkommen der Bundesrepublik Deutschland ist immens hoch. Ob die Kassen ausgeblutet sind, wird sich nach den Wahlen zeigen. Nach der Bundestagswahl sollten die notwendigen politischen und gesamtgesellschaftlichen Herausforderungen im Konsens neu tariert werden. Das ist wichtig, damit der Rechtsstaat handlungsfähig bleibt und weiterhin Akzeptanz für die demografische Grundordnung auf allen Ebenen besteht. Die neu gewählte Bundesregierung muss sagen, was es kostet, sonst entsteht Unruhe, die in volatilen Gesellschaften zu Stimmungsumschlägen an der Wahlurne führen kann.

Der Seniorenbeirat empfiehlt allen Bürgerinnen und Bürgern zur Stärkung der Demokratie sich rechtzeitig zu dem Wahlprogramm der jeweiligen Parteien zu informieren und eine Teilnahme an der Bundestagswahl am 23.02.2025. Die gewählten Bundestagsabgeordneten sollten im Rahmen des Mandats dann auch den Wählerwillen umsetzen.